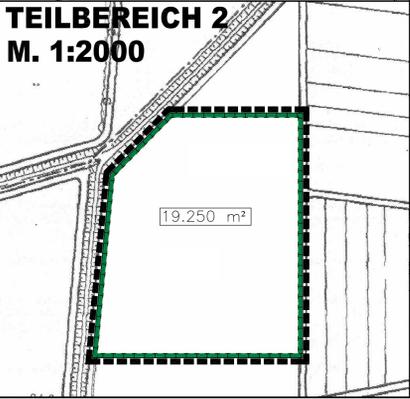


# ORTSGEMEINDE MAXDORF BEBAUUNGSPLAN "IM REFF"

## TEILBEREICH 1 M. 1:1000

GE 1.1-GE 1.2		GE 2		SO	
GRZ=0,5	o	GRZ=0,6	a	GRZ=0,3	a
GFZ=1,0		GFZ=1,0		GFZ=0,3	



## LEGENDE

<b>A. Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 (1-7) BauGB)</b> <b>1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BauGB)</b> Sondergebiet "Einzelhandel" Gewerbegebiet		<b>R+F</b> Rad- und Fußweg <b>W</b> Wirtschaftsweg	
<b>2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BauGB)</b> GRZ Grundflächenzahl, maximal im Rahmen der überbaubaren Grundstücksfläche GFZ Geschossflächenzahl		<b>6. Versorgungsflächen (§ 9 (1) 12 BauGB)</b> Trafostation	
<b>3. Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 (1) 2 BauGB)</b> Baugrenze abweichende Bauweise, vergliche textliche Festsetzungen offene Bauweise		<b>7. Hauptversorgungsleitungen (§ 9 (1) 13 BauGB)</b> Freileitung mit Schutzstreifen Beregnungswasserleitung	
<b>4. Flächen für Gemeinbedarf (§ 9 (1) 5 BauGB)</b> Fläche für Gemeinbedarf "Bauhof"		<b>8. Flächen für die Versickerung von Niederschlagswasser (§ 9 (1) 14 BauGB)</b> Fläche für die Versickerung von Niederschlagswasser	
<b>5. Verkehrsflächen (§ 9 (11) BauGB)</b> Straßenverkehrsflächen mit Straßenbegrenzungslinie Straßenraumteilung (unverbindlich) Verkehrsgrün Bereich ohne Ein- und Ausfahrt		<b>9. Grünflächen (§ 9 (1) 15 BauGB)</b> öffentliche Grünflächen <b>P 1 bis P 3</b> Bezeichnung der Grünflächen <b>10. Flächen für Massnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 (1) 20 BauGB)</b> Flächen für Massnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft <b>11. Anpflanzung von Bäumen, Strüchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Strüchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 (1) 25 BauGB)</b> Bäume, anzupflanzen	
<b>B. Sonstige Festsetzungen</b> <b>12. Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen (§ 1 BauNO)</b> Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen Abgrenzung unterschiedlicher Festsetzungen <b>13. Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 (7) BauGB)</b> Bebauungsplangrenze Flurstücksgrenze, vorhanden, entfallend Flurstücksgrenze, vorgeschlagen Flurstücksnummer, vorhanden Gebäude Bestand Grabenlauf, Bestand, zu erhalten Maßangabe in Meter Überschwemmungsgebiet Gemarkungsgrenze			

## TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

### A. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 9 BauGB)

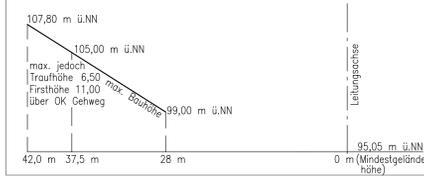
- Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BauGB)**
  - In den Gewerbegebieten GE 1 sind nur Betriebe zulässig, die im Sinne von § 6 BauNO das Wohnen nicht wesentlich stören.
  - In den Gewerbegebieten GE 1 sind Wohnungen, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm in Grundfläche und Baumasie untergeordnet sind, allgemein zulässig.
  - In den Gewerbegebieten GE 1 sind nicht zulässig:
    - Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke
    - Vergnügungstätten
  - Im Gewerbegebiet GE 2 sind nicht zulässig:
    - Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke
    - Betriebe, die in den Abstandslisten des Abstandserrlass des Ministeriums für Umwelt Rheinland-Pfalz vom 26.02.1992 in den Abstandsklassen I - VI enthalten sind, sowie Betriebe und Anlagen mit vergleichbarer Emissionsrücklage
    - Vergnügungstätten
    - Wohnungen
  - In den Gewerbegebieten sind Einzelhandelsnutzungen nur zulässig in Verbindung mit Handwerksbetrieben unter der Voraussetzung, dass die nicht für Einzelhandel genutzte Geschossfläche dominiert.
  - Abweichend davon ist im Gewerbegebiet GE 1 die Erweiterung, Änderung und Erneuerung vorhandener Einzelhandelsnutzungen zulässig.
  - Im Sondergebiet sind nur der Nahversorgung dienende Einzelhandelsbetriebe mit einer Verkaufsfläche von maximal 1.600 m² zulässig. Der Verkaufsflächenanteil für periodisch nachgefragte Waren einschließlich Aktionsflächen darf maximal 25 % betragen.
  - Unterhalb der Geländeoberfläche sind Aufenthaltsräume unzulässig.

### 2. Bauweise (§ 9 (1) 2 BauGB)

Im Gewerbegebiet GE 2 sowie im Sondergebiet ist die abweichende Bauweise entsprechend der offenen Bauweise, jedoch ohne Begrenzung der maximalen Gebäudehöhe, festgesetzt.

### 3. Maß der baulichen Nutzung, überbaubare Grundstücksfläche (§ 9 (1) 1 und 2) BauGB

- Im Sondergebiet darf die festgesetzte Grundflächenzahl für Stellplätze und ihre Zufahrten bis zu einer Grundflächenzahl von 0,8 überschritten werden.
- In den Gewerbegebieten und im Sondergebiet beträgt die maximal zulässige Traufhöhe (Wandhöhe), gemessen zwischen OK der nächstgelegenen öffentlichen Erschließungsstraße und dem Schnittpunkt zwischen Gebäudeaußenwand und OK Dachhaut, 6,50 m.
- In den Gewerbegebieten und im Sondergebiet beträgt die maximal zulässige Firsthöhe, ermittelt aus dem Abstand zwischen OK der nächstgelegenen öffentlichen Erschließungsstraße und dem höchsten Punkt der Dachhaut, 11,00 m.
- Ergänzend bzw. einschränkend zu Absatz 3 sind im Bereich der am östlichen Rand des Planungsbereiches verlaufenden Freileitung folgende maximale Höhen einzuhalten:
  - Bauwerke dürfen in einem Abstand von 28,00 m zur Leitungssache eine maximale Höhe von 99,0 m über NN nicht überschreiten.
  - Die maximal zulässige Höhe steigt in einem Steigungswinkel von 32 Grad in westlicher Richtung an und darf in einem Abstand von 37,50 m zur Leitungssache 105,00 m über NN und in einem Abstand von 42,00 m zur Leitungssache 107,80 m über NN nicht überschreiten.
 Maßgebend für die Ermittlung der Abstandsmaße ist die in der Örtlichkeit vorhandene Leitungssache.



### 4. Flächen für Stellplätze und Garagen mit ihren Zufahrten sowie Ein- und Ausfahrten (§ 9 (1) 4 und 11 BauGB)

- In den Gewerbegebieten sowie im Sondergebiet dürfen Stellplätze nicht unmittelbar von den festgesetzten öffentlichen Verkehrsflächen aus anfahrbar sein.
- In den Gewerbegebieten sowie im Sondergebiet sind mit Stellplätzen zu öffentlichen Verkehrsflächen ein Mindestabstand von 1,00 m einzuhalten.

### 5. Höchstzulässige Zahl der Wohnungen (§ 9 (1) 6 BauGB)

In den Gewerbegebieten GE 1 sind je Wohngebäude maximal zwei Wohneinheiten zulässig.

### 6. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 (1) 20 BauGB)

- Stellplätze und ihre Zufahrten sind mit wasserdrüchlässigen Materialien herzustellen.
- Öltanks und Heizungsanlagen unterhalb der Geländeoberfläche sind auftriebssicher auszubilden.

### 7. Anpflanzung von Bäumen, Strüchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bindungen für Bepflanzungen und die Erhaltung von Bäumen, Strüchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 (1) 25 BauGB)

- Die öffentlichen Grünflächen P 1 sind zu 60 % mit einem Strauch je 2,0 m² (2x verpflanzt, 1,0 - 1,5 m Höhe) zu bepflanzen. Entlang der gesamten Fläche ist im Wechsel je ein Laubbaum II. Ordnung (Heister, 2x verpflanzt, 2,5 - 3,0 m Höhe) sowie ein Laubbaum I. Ordnung (3x verpflanzt, Stammumfang 12 - 14 cm) bzw. ein regionstypischen Obstbaumhochstamm zu pflanzen. Der Abstand von Baum zu Baum hat 6 bis 8 m zu betragen. Im Unterwuchs ist eine extensive Wiesenfläche mit einem Anteil krautiger Pflanzen von 20 % vorzusehen. Der im Plan dargestellte Leitungsschutzstreifen ist von hochwachsenden Pflanzen mit einer Endwuchshöhe von über 3 m frei zu halten.
- In der öffentlichen Grünfläche P 2 ist der Größsgraben einschließlich seines Bewuchses zu erhalten.
- In der öffentlichen Grünfläche P 3 ist eine extensive Wiesenfläche mit einem Anteil krautiger Pflanzen von 20 % anzulegen.
- Die im Plan festgesetzten anzupflanzenden Bäume sind als standortgerechte und heimische Laubbäume I. Ordnung in der Qualität 3x verpflanzt mit einem Stammumfang von 14-16 cm anzupflanzen.
- Die privaten Grundstücksflächen sind je angefangene 100 m² der nach der festgesetzten GRZ nicht überbaubaren Grundstücksflächen mit mindestens einem standortgerechten und heimischen Laubbaum II. Ordnung (dreimal verpflanzt, mit Ballen, Stammumfang 12-14) bzw. einem Obstbaumhochstamm in regionstypischen Sorten (Mindesthöhe Kronenansatz 1,80 m) zu bepflanzen. Der im Plan dargestellte Leitungsschutzstreifen ist von hochwachsenden Pflanzen mit einer Endwuchshöhe von über 3 m frei zu halten.
- Nicht grenztändige Fassadenabschnitte, die auf eine Länge von mehr als 5 m fenster- und türlos sind, sind mit je einer Kletterpflanze je 2 m laufender Fassade zu bepflanzen.
- Je 8 Stellplätze ist mindestens ein einheimischer, großkroniger Laubbaum in mindestens dreimal verplanzter Qualität, mit einem Stammumfang von 16-18 cm zu pflanzen. Je Baum ist ein nicht überfahbares Pflanzbeet von mindestens 4 m² vorgeschrieben. Der im Plan dargestellte Leitungsschutzstreifen ist von hochwachsenden Pflanzen mit einer Endwuchshöhe von über 3 m frei zu halten.
- Neupflanzungen von Bäumen müssen einen Mindestabstand von 4,50 m zum Rand des Verkehrsraumes der L 527, sowie einen Mindestabstand von 1,50 m zu Rad-, Geh- und Wirtschaftswegen einhalten. Neupflanzungen von Strüchern müssen einen Mindestabstand von 1 m zu Wirtschaftswegen einhalten.
- Bei Neupflanzungen ist das Nachbarrecht zu beachten.
- Die Neupflanzungen sind mit Ersatzverpflichtung entsprechend den festgesetzten Pflanzqualitäten dauerhaft zu erhalten.

### 8. Flächen für Aufschüttungen (§ 9 (1) 17 BauGB)

Die gewerblichen Baugrundstücke GE 1.2, GE 2, sowie die Flächen im Sondergebiet sind - soweit sie nicht als Grünflächen angelegt werden - auf eine Mindestgeländehöhe von 95,09 m üNN (Höhe des maßgebenden Wasserspiegels des Überschwemmungsgebietes) aufzufüllen.

### 9. Flächen für Aufschüttungen und Abgrabungen zur Herstellung des Straßenkörpers (§ 9 (1) 26 BauGB)

Ein 2,0 m breiter Geländestreifen entlang der außerhalb der öffentlichen Erschließungsstraßen bzw. Wirtschaftsweg wird als Fläche für Aufschüttungen und Abgrabungen zur Herstellung des Straßenkörpers festgesetzt.

### 10. Zuordnungsfestsetzung (§ 9 (1a) BauGB)

- Den Baugrundstücken werden folgende Ausgleichsflächen zugeordnet:
- GE 1.2 ein Anteil von 1.770 m² der Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (Flurstücks-Nr. 1097) und 2,3 % der öffentlichen Grünfläche P1,
  - GE 2 ein Anteil von 11.320 m² der Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (Flurstücks-Nr. 1097) und 14,4 % der öffentlichen Grünfläche P1,
  - SO ein Anteil von 6.160 m² der Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (Flurstücks-Nr. 1097) und 7,8 % der öffentlichen Grünfläche P1.

### B. BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 9 (4) BauGB i.V.m. § 88 LBauO)

- Dächer**  
Für Büro- und Wohngebäude sind nur Sattel- oder Walmdächer mit einer Dachneigung von 30° - 38° zulässig. Für sonstige Gebäude sind nur Sattel- und Pultdächer mit einer Dachneigung von 10° - 25° sowie Flachdächer zulässig.

### 12. Werbeanlagen

- Werbeanlagen sind nur am Ort der Leistung und nur bis zu einer Größe von je maximal 4 m² zulässig. Wechsellichtanlagen und Anlagen mit sich bewegenden Lichtern sind unzulässig.
- Bei der Errichtung von beleuchteten Werbeanlagen aller Art sind als Leuchtmittel nur Natriumdampf-Niederdrucklampen zu verwenden.

### 13. Einfriedigungen

Einfriedigungen sind als Umzäunungen max. in 1,80 m Höhe über OK angrenzendem Gelände zu errichten und außenseits mit einer Heckenpflanzung oder Zaunbegrünung einzubinden.

### C. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME

Die Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (Geltungsbereich Teil 2) ist entsprechend der wasserrechtlichen Genehmigung vom 21.04.2005 herzustellen.

### D. HINWEISE

**Niederschlagswasserableitung**  
Die auf den Dachflächen und Erschließungsflächen anfallenden Niederschlagswasser sollen vorbehaltlich einer gegebenenfalls erforderlichen wasserrechtlichen Genehmigung auf den Grundstücksflächen versickert bzw. als Brauchwasser genutzt werden.

**Größsgraben**  
Bauvorhaben innerhalb der 10 m-Schutzzone des Größsgrabens bedürfen einer wasserbehördlichen Genehmigung nach § 76 LWG.

**Überschwemmungsgebiet**  
Das Planungsbereich liegt überwiegend innerhalb des Überschwemmungsgebietes des Floßbaches. Das Planungsbereich ist auch nach einer erfolgten Aufschüttung auf eine Höhe von 95,09 m üNN bei Hochwasserereignissen mit einer Jährlichkeit größer 50 Jahren potentiell hochwassergefährdet. Maßgebend für die Ermittlung der Abstandsmaße ist die in der Örtlichkeit vorhandene Leitungssache.

Bei der Lagerung von wassergefährdenden Stoffen in Überschwemmungsgebieten sind insbesondere die Anforderungen des § 10 VwV zu beachten.

**Hochwasserschutz**  
Im Falle von Hochwasserereignissen lässt sich aus dem Bebauungsplan kein Schadensersatzanspruch sowie kein Anspruch auf Verstärkung oder Erhöhung des Hochwasserschutzes ableiten.

**Keller**  
Im Planungsbereich ist mit hohen Grundwasserständen zu rechnen. Daher wird empfohlen, auf eine Unterkellerung zu verzichten oder - falls eine Unterkellerung vorgesehen ist - diese wasserdicht auszubilden.

Zur Minderung des Schadenrisikos bei Hochwasserereignissen wird empfohlen, dass technische Anlagen generell nicht im Keller untergebracht werden sollen.

**Baugrund**  
Es wird empfohlen, Baugrunduntersuchungen nach DIN 4021 durchzuführen und die Anforderungen nach DIN 1054 zu beachten.

**Untergrundverunreinigungen**  
Sollten bei Tiefbauarbeiten Untergrundverunreinigungen gefunden werden, ist unverzüglich die SÜD Süd, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz, Neustadt, oder die Kreisverwaltungsunter Wasserbehörde zu verständigen.

**Denkmalschutz**  
Bei den im Plangebiet durchzuführenden Tiefbauarbeiten sind die Bestimmungen des Denkmalschutz- und -pflegegesetzes zu beachten. Die Erdarbeiten sind vor Beginn dem Landesamt für Denkmalpflege in Speyer anzuzeigen.

**Leitungsschutzstreifen**  
Sämtliche Baumaßnahmen im Leitungsschutzstreifen und in unmittelbarer Nähe sind mit der RWE Transportnetz Strom abzustimmen.

**Werbeanlagen**  
Werbeanlagen sind gemäß § 22 I Landesstrafengesetz innerhalb der Bauverbotszone von 20 m entlang der Landesstraße unzulässig. In der Bauverbotszone von 20 - 40 m entlang der Landesstraße sind Werbeanlagen unter Beachtung des § 23 LStrG zulässig.

**Ausgleichsfläche für die öffentlichen Erschließungsanlagen**  
Den öffentlichen Verkehrsflächen werden 75,5 % der öffentlichen Grünflächen P 1 zugeordnet.

**Ausgleichsfläche für Wirtschaftswegausbau südlich des Plangebietes**  
Für den Ausbau des Wirtschaftsweges südlich des Plangebietes auf Ruchheimer Gemarkung wird als landesplanerische Ausgleichsmaßnahme der bestehende Wirtschaftsweg südlich der L 527 zurückgebaut. In der Planzeichnung ist der Wirtschaftsweg als öffentliche Grünfläche P 3 festgesetzt.

**Bepflanzung**  
Zur Bepflanzung können insbesondere folgende Arten verwendet werden:

<b>Bäume:</b>	Spitzahorn	Acer platanoides
	Feldahorn	Acer campestre
	Schwarzleiche	Alnus glutinosa
	Hainbuche	Carpinus betulus
	Esche	Fraxinus excelsior
	Sieleiche	Quercus robur
	Traubenkirsche	Prunus padus
	Weißer	Salix spec.
	Eberesche	Sorbus aucuparia
	Winterlinde	Tilia cordata
	Feldulme	Ulmus minor
		sowie Obsthochstämme regionstypischer Sorten (u.a. Birne, Apfel, Pflaume, Kirsche, Walnuß)
<b>Sträucher:</b>	Hase	Corylus avellana
	Kornelkirsche	Cornus mas
	Hartriegel	Cornus sanguinea
	Pfaffenhütchen	Euonymus europaeus
	Faulbaum	Frangula alnus
	Liguster	Ligustrum vulgare
	Schlehe	Prunus spinosa
	Hundsrose	Rosa canina
	Holunder	Sambucus nigra
	Wolliger Schneeball	Viburnum lantana

## RECHTSGRUNDLAGEN

BauGB: Baugesetzbuch in der Fassung vom 27.08.1997, zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.06.2004

BauNO: Bauordnungsverordnung in der Fassung vom 23.01.1993, zuletzt geändert durch Gesetz zur Erleichterung von Investitionen und zur Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993

LBauO: Landesbauordnung Rheinland-Pfalz vom 24.11.1998 zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.12.2003

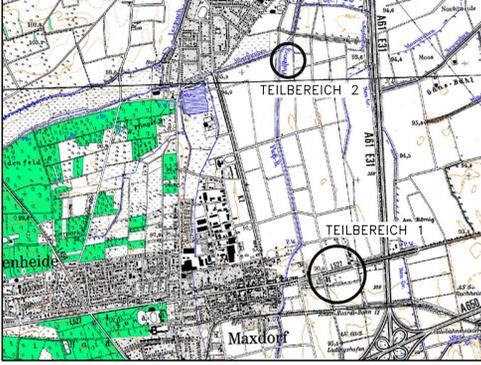
PlanZVO: Planzeichenvorordnung vom 18.12.1990

## VERFAHRENSVERMERKE

1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB	19.09.2002
2. Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses	04.10.2002
3. Änderung des Aufstellungsbeschlusses	25.09.2003
4. Ortsübliche Bekanntmachung des geänderten Aufstellungsbeschlusses	17.10.2003
5. Annahme des Bebauungsplanentwurfes, Freigabe zur vorgezogenen Bürgerbeteiligung (Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit) und zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (Beteiligung der Behörden) sowie zur Abstimmung mit den Nachbargemeinden mit Beschluss vom	25.09.2003
6. Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom	14.10.2003 / 24.10.2003
Mitteilung der Entscheidung mit Schreiben vom	07.04.2004
7. Vorgezogene Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB: Planauslage vom bis einschließlich	27.10.2003 / 24.11.2003
Öffentliche Bekanntmachung hierzu am	17.10.2003
Während der Auslegung gingen 3 Anregungen ein. Beschlussfassung hierüber am	25.03.2004
Mitteilung der Entscheidung mit Schreiben vom	06.04.2004
8. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB mit Schreiben vom	14.10.2003 / 24.10.2003
Beschlussfassung hierüber am	25.03.2004
Mitteilung der Entscheidung mit Schreiben vom	06.04.2004
9. Annahme des ergänzten Bebauungsplanentwurfes und Freigabe zur öffentlichen Planauslage (Beteiligung der Öffentlichkeit) für den 1. Teilabschnitt des Bebauungsgebietes mit Beschluss vom	25.03.2004
10. Öffentliche Planauslage (1. Teilbereich) gem. § 3 Abs. 2 BauGB: Planauslage vom bis einschließlich	17.05.2004 / 16.06.2004
Öffentliche Bekanntmachung hierzu am	07.05.2004
Während der Auslegung gingen 5 Anregungen ein. Beschlussfassung hierüber am	02.12.2004
Mitteilung der Entscheidung mit Schreiben vom	07.12.2004
11. Annahme des geänderten Bebauungsplanentwurfes und Freigabe zur öffentlichen Planauslage (Beteiligung der Öffentlichkeit) für das gesamte Baugebiet mit Beschluss vom	12.05.2005
12. Öffentliche Planauslage (Gesamtbereich) gem. § 3 Abs. 2 BauGB: Planauslage vom bis einschließlich	30.05.2005 / 29.06.2005
Öffentliche Bekanntmachung hierzu am	20.05.2005
Während der Auslegung gingen 3 Anregungen ein. Beschlussfassung hierüber am	21.07.2005
Mitteilung der Entscheidung mit Schreiben vom	.....
13. Annahme des Bebauungsplanentwurfes und Beschluss über den Bebauungsplan als Satzung gem. § 10 BauGB	21.07.2005

Maxdorf, den .....	Siegel
(Hauck) Ortsbürgermeister	
14. Der Bebauungsplan wird hiermit ausgefertigt und zur Veröffentlichung im Amtsblatt freigegeben.	Siegel
Maxdorf, den .....	
(Hauck) Ortsbürgermeister	
15. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung im Amtsblatt Nr. .... am ..... tritt der Bebauungsplan gemäß § 10 BauGB in Kraft.	Siegel
Maxdorf, den .....	
(Hauck) Ortsbürgermeister	

## ÜBERSICHTSLAGEPLAN O.M.



	BAU-OG MAXDORF	PROJ.NR.	02103
	PROJEKT BEBAUUNGSPLAN "IM REFF"	BEARB. PROJ.NR.	VI
	PLAN BEBAUUNGSPLAN	GEZ. MF	PLAN NR. BP
		BL.GR.	95/74
		BAUJ.	DATUM 21.07.05
			MASSTAB 1:1000